



# Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abonnementpreise: Die 8-spaltige Zeile 10.- Mk., von auswärts 12.50 Mk. ...

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. ...

Nr. 216

Donnerstag, den 14. September 1922

13. Jahrgang

## Der Stand der Reparationskrise.

Die belgische Regierung hat dem deutschen Gesandten in Brüssel eine Note überreicht, in der es heißt:

Nach den Bestimmungen der Entscheidung der Reparationskommission vom 31. August sollte die deutsche Regierung zur Abdeckung der Fälligkeiten vom 15. August und 15. September 1922 der belgischen Regierung deutsche Schatzbonds andehändigen, welche durch zwischen den beiden Regierungen zu vereinbarenden Garantien sichergestellt werden sollten. ...

Deutschland hat seit seiner Niederlage alle tragischen und tragikomischen Misere eines zahlungsunfähigen Schuldners durchmachen müssen. In diesem Augenblick befindet es sich in der Lage eines Navahiers, der eine verhältnismäßig unbedeutende Rechnung nicht bezahlen kann. ...

Wenn nun die rechtzeitige Bezahlung dieses Betrages an den belgischen Gläubiger in Frage gestellt ist, so daß aus dieser Schwierigkeit ernste Verwicklungen zu entstehen drohen, so zeigt das die Tiefe der deutschen Erschöpfung und die Größe der entstandenen Verwirrung. ...

Eine solche Annahme wäre aber direkt unfauna und wahrheitswidrig. Zunächst handelt es sich bei den Verhandlungen, um Belgien, von dem der Reichszentralbank des Kaiserreichs, Herr v. Bethmann, am 4. August 1911 das berühmte Wort gesprochen hat, daß Deutschland um ihm durch Verletzung seiner Neutralität ein Unrecht begangen habe. ...

Zum zweiten ist die belgische Forderung das letzte Stück Erfüllungspolitik vor der geplanten großen Abgangskontrollen, von der man eine vernünftige Regelung der internationalen Verschuldung und ihres sternförmigen, des deutschen Reparationsproblems, erhofft. ...

Nun wurde gestern auch die von uns wiedergegebene Meldung verbreitet, daß Belgien die sofortige Zahlung der August- und Septemberraten von Deutschland verlangt habe. ...

Der Schwerpunkt der Verhandlungen liegt augenblicklich in Paris. Dort hat gestern der deutsche Vertreter Staatssekretär Bergmann Einzelbesprechungen mit den belgischen Delegierten de la Croix und Bemelmans, sowie mit den Vertretern Frankreichs, Englands und Italiens in der Reparationskommission. ...

### Die geleisteten Ausgleichszahlungen.

Von dem am Freitag fälligen Betrag von 40 Millionen Goldmark für die Ausgleichszahlungen hat die deutsche Regierung bereits ein Viertel bezahlt. Die übermorgen fälligen 30 Millionen werden infolge inzwischen getroffener anderer Maßnahmen rechtzeitig aufgebracht werden können.

### Die Finanzhilfe für Oesterreich.

Der österreichische Bundeskanzler Zeipel, der sich zu Beginn der Völkerbundsverhandlungen in Genf aufhielt, ist nach Wien zurückgekehrt, um die österreichischen Parteien über das Ergebnis der Genfer Verhandlungen zu informieren. ...

### Sowjetamtliches Dementi des Selbstmordes Timofejews.

Die Berliner Sowjetkassa hat, wie der Ost-Express erfährt, auf ihre Anfrage nach einer Bestätigung der Nachricht vom Selbstmorde des sozialrevolutionären Führers Timofejew aus Moskau von der Staatlichen Politischen Verwaltung (die ehemalige Tscheka) die Antwort erhalten, daß sämtliche verurteilten Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei am Leben seien.

Diese Mitteilung, welche den Selbstmordversuch unermähnt läßt, findet ihre Bestätigung dadurch, daß die Auslandsvertretung der Sozialrevolutionären Partei aus Moskau erfährt, der Selbstmordversuch Timofejews habe Gelingen zufolge keinen tödlichen Ausgang gehabt; das Gerücht habe sich indessen wegen der strengen Wache der Gefangenen nicht nachprüfen lassen.

### Ein nationaler Räuberhauptmann.

Das Münchener „Volksgericht“ verurteilte den Hauptmann Römer vom Bund „Oberland“ zu fünf Monaten Gefängnis wegen Anreizung zu Verbrechen. Römer hatte, um der leeren Kasse des Freikorps „Oberland“ aufzuhelfen, einige Bundesmitglieder aufgefordert, ein Automobil mit Ausländern zu überfallen und die Insassen zu berauben. ...

Herr Römer, dessen Name auch mit früheren Gewalttätigkeiten der Oberländer verknüpft ist, scheint eine Max Bötz verwandte Natur zu sein. Aber Bötz wurde zu Lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, Römer erhielt nur fünf Monate Gefängnis.

Das ist ein gewaltiger Kontrast, selbst wenn man in Betracht zieht, daß Römers Verbrechen nicht zur Ausführung gelangte. Denn immerhin hätte Römer nach dem § 49 a St.G.B. mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft werden können. ...

### Mohamedanische Forderungen an England.

Einer Londoner Meldung zufolge werden die türkischen Siegel von den Mohammedanern ganz Indiens gefordert. Mohammedanische Mitglieder des indischen Staatsrats und der gesetzgebenden Versammlung haben ein Telegramm an Lloyd George und den Vizekönig Indiens, in dem sie dringend eruchten, die augenblickliche Gelegenheit dazu zu benutzen, um eine Vereinbarung zwischen dem britischen Reich und der mohammedanischen Welt zustande zu bringen. ...

### Die Tragödie Griechenlands.

Am Jahre 1822 nahm Griechenland als erste der Balkanmächte den Kampf gegen die türkische Herrschaft auf. Unter dem Einfluß des klassischen Humanismus, dessen Hauptvertreter in Deutschland neben Goethe und Schiller Herder und Wieland, in England Byron und Shelley waren, wurde die Bewegung in Europa mit Begeisterung begrüßt. ...

Man hat die Kräfte Griechenlands überschätzt. Zwar gelang die Befreiung vom türkischen Joch, aber die innere Befreiung wollte nicht recht von statten gehen; was an innerer Aufbauarbeit geleistet wurde, blieb in den Anfängen stehen. ...

Auf dem ansehnlichen Programm Griechenlands stand schon im Jahre 1822 der Satz, daß alle Bewohner der Türkei, welche an Jesus Christus glauben, in die hellenische Nation einbezogen sind. ...

Im Jahre 1912 trat der Balkanbund, dem Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland angehörten, den Entschuldigungskrieg gegen die Türkei an. Wenn sich das Verhältnis zwischen den Balkanmächten und der Türkei auch schon vorher aufgelockert hatte, so bestanden doch noch immer Abhängigkeiten, wie sie für selbständige Nationen auf die Dauer nicht tragbar sind. ...

Der Traum Griechenlands ging nicht in Erfüllung. Es gelang den Großmächten, rechtzeitig abzublenden, aber Griechenland trug aus dem Streik immer noch den Löwenanteil davon: ein Teil Albanien, Mazedonien und Thrazien wurden ihm ausgeprochen. ...

wach, der dem internationalen Bedürfnis des griechischen Volkes, das heute weit weniger stark, als im Altertum, verfaßt geübt hätte. Wenn eine Ausdehnung darüber hinaus stünden zum unvollständigen Programm jeder griechischen Regierung gehörte, so liegt dem wieder jener überaus Nationalismus gegenüber, der das Hauptgewicht auf eine Ausdehnung nach Osten legt, ohne den gesunden Blick für die inneren Möglichkeiten zu behalten. Und wieder kamen den griechischen Wünschen äußere Ereignisse entgegen. Der Friede von 1830, der das Schicksal der Türkei nach dem Willen der Mächte festsetzte, brachte ihnen die Anwartschaft auf das Gebiet von Smyrna in Kleinasien ein. Doch einmal haben ihm Vankelien ohne wesentliche Anwartschaften an. Wenn ihm Konstantinopel auch weiter unentbehrlich bliebe, so konnte es doch leicht von zwei Seiten die Hand umfassen.

Aber erst endlich sollte sich, daß das Ausdehnungsbedürfnis der Völker Orientlands in seinem Verhältnis zu der inneren Kraft des Landes steht. Mit dem Mandat über Smyrna hatte Griechenland die Höhe des Exzelsors erreicht. Die territorialen Ansprüche übernahmen mühen. Trotz einiger Siege vermochten die griechischen Vorkämpfer den Widerstand niemals zu brechen und heute bezahlt Griechenland das Maß der Entente mit dem Verlust eines ganzen Heeres, mit einer weiteren Territorien der Albanen und mit einer ungenügenden Flotte, die den Thron Konstantinopels von neuem bedroht. Wenn man in Konstantinopel und der Provinz der imperialistischen Träume beiseite läßt, was dann kann man es verstehen, daß der Mann des Volkes sich gegen ihn wendet. Nicaea ist es, die dem Volk wie bei der Tragödie Griechenlands in Griechenland, wie verdrückt der Imperialismus ist, der die Völker daran verhindert, ihr Wohl im Innern des Landes zu heben.

Auf der anderen Seite darf man allerdings nicht vergessen, daß auch Griechenland nur der Wächter der Entente ist. Der Imperialismus der Großmächte, der Europa vor dem Rand des Absturzes geführt hat, legt in Griechenland sein verhängnisvolles Nachwörter. Das müssen die Kommissionen zur Untersuchung der Verbrechen, die die Türken gegen die Christen, die Griechen gegen die Mohammedaner verübt haben, solange die Imperialisten Europa es nicht lernen, ihre Machtansprüche durch ein menschliches und vernunftgemäßes Verfahren auszugleichen!

### Beamtenlagung.

Der Reichsbeamtenrat der SPD ist in Berlin gemeinsam mit weiteren Vertretern der sozialdemokratischen Parteien auf dem Wege eine zweitägige Beratung ab. Die Verhandlungen beschäftigen sich zunächst mit dem Entwurf eines Beamtenratsentwurfes der SPD. Die Debatte im Reichsbeamtenrat wird von den Seiten des Reichsbeamtenrat im Reichstag und die Resolutionen und Streitfragen behandelt werden. Heute zu verschiedenen Abänderungen und Beschlüssen des Entwurfs. Neben die Entwürfe der SPD des Reichsbeamtenrat referierte Dillenberg. Auch an seine Auslassungen schloß sich eine gründliche und hochbedeutende Diskussion. Sie führte zur Annahme einer Entschließung, in der gefordert wird:

„Anschlußnahme des Reichsbeamtenrat auf öffentliche Grundzüge der Regierung der durch die Reichsbeamtenrat gebildeten mehrwertigen Rechte der Beamten und ihrer Angehörigen. Regelung der in der Reichsbeamtenrat durch den Beamtenrat gewählten Personalrat durch Schaffung eines Koalitionsrechts mit Schlichtungsverfahren. Die neue Regelung des Beamtenverhältnisses ist von einem Sozialrecht und unter besonderer Berücksichtigung der menschlichen Wirtschaftsentwicklung, sowie der besonderen Stellung der politischen Beamten vorzunehmen.“

Die Konferenz einigte sich ferner die vorläufige Entschließung des Reichsbeamtenrat zur gewerkschaftlichen Organisation und verpflichtete die Gewerkschaften in allen Verhandlungsinstanzen, auf eine gewerkschaftliche Einheitsfront hinzuwirken. Einmütig wurde folgendes Beschlüsse gefaßt:

#### In die Beamtenrat!

Die zur ersten Tagung des Reichsbeamtenrat der SPD aus allen Teilen des Reichs versammelten Beamten

Legungen auf das heraldische die bevorstehende Wiederwahl der Reichsbeamtenrat. Von der Erwägung ausgehend, daß die Erhaltung der Republik die Grundlage für die Verwirklichung ihrer Ziele bildet, begrüßen sie alle notwendigen Maßnahmen, die zur Erhaltung unserer Volksgemeinschaft beschloffen werden sind, und bedauern, daß das Volk zum Schutz der Republik keine schärfere Fassung erhalten hat, die dem Mißbrauch mit den angeblich bürgerlichen Rechten der Beamten und den unverantwortlichen reaktionären und antisemitischen Treiben innerhalb der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden noch wirksamer ein Ziel setzen könnte.

Die Tatsache, daß mehrere hervorragende Republikaner ihrem nationalen Vorworte zum Opfer gefallen sind und daß die national-bolschewistische Propaganda in den Behörden ihre Prunkstücke hat, erfordert lauffähige Maßnahmen und wirksame Aufklärung der Staatsbeamten im Interesse der Republik, zu welcher Arbeit alle Parteigenossen nachdrücklich aufgefordert werden. — Die Wiederwahl der sozialdemokratischen Parteien bildet die höchste Stufe für die Sicherung der Republik. Die deutsche Republik über alles!

Nachdem auch verschiedene Beamtenrat besprochen worden waren, führte Franz Arndt in seiner Schlussrede aus, daß von der Wiederwahl der sozialdemokratischen Parteien auch eine wesentliche Stärkung der sozialistischen Beamtenrat zu erwarten sei. Arndt hob hervor, daß die sozialdemokratische Partei zu der gewerkschaftlichen Bewegung der D. V. B. und N. T. B. eine Stellung nicht einnehmen, daß es aber jedenfalls zu einem Kampfe für den beiden Mächten anstehenden Parteigenossen aneinander nicht kommen dürfe und nach dem klar auszusprechenden Willen der Vertreter beider Richtungen auch nicht kommen werde.

### Terror in der deutschnationalen Partei.

Der Landesauschuss der Deutschnationalen Volkspartei in Baden hatte am vorletzten Sonntag beschlossen, den Abgeordneten Dr. Düringer aufzufordern, sein Mandat als Landesvorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei in Baden und sein Reichstagsmandat niederzulegen. Dr. Düringer verweigerte nunmehr in der volksparteilichen „Zeit“ einen offenen Brief an den Landesvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei Baden, Oberkirchenrat T. Meyer. Er entspricht in diesem Brief dem bekannten Verlangen der badischen Parteileitung, hat den Landesvorsitz niedergelegt, lehnt es jedoch ab, auch sein Reichstagsmandat zu verlassen.

In der Beurteilung seines Verhaltens sagt Düringer, daß die Aufforderung der badischen Organisation auf Verhören Einflüsse zurückzuführen ist und keine rein sachliche Kritik, dessen Opfer er geworden ist, bisher nur mit sinnlosen formalen Interven von der Berliner Parteileitung beantwortet worden ist, während es die Berliner anständige Presse ablehnte, der Sinnlosigkeit Raum zu geben. Zum Schluss sagt Düringer: „Wenn eine Partei nicht mehr so viel Selbstkritik vertragen kann und will, wie von mir geübt wurde, wenn sie ihren Mitgliedern nicht Denkfreiheit und selbständige Meinungsäußerung gestattet, so beweist sie damit nur ihre innere Unstärke und Schwäche. Meine Ausführungen haben in seinem einzigen Punkte im Widerspruch zu dem Parteiprogramm, im Gegenteil, ich bin den für die Gründung der Partei als eine Kampfpartei maßgebenden Grundgedanken geblieben, während der Terror in einseitiger Richtung die Partei umgestalten versucht.“

Der zur Deutschen Volkspartei übergetretene Abgeordnete Dr. Düringer hat sich der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei angeschlossen.

### Späte Einsicht.

In einem inacten Artikel, der alscham ein politischer Vortrag zur Dresdener Hausmannwoche ist, behandelt der Generalsekretär der Deutschen Volkspartei, Humann, in der „Schlesischen Nationalzeitung“ unter anderem auch die „Reinlage-Politik“ der Deutschnationalen.

In der Nachbarschaft von ordentlichen Universitätsprofessoren und Wirklichen Geheimräten, spricht er, zeigte sich Herr Ober als ein Mann von persönlichem Eigen-

wiss, und die Parteiführer, Silberliteraten, Michals, redner und Parteiführer sollten endlich mit ihrem politischen Ringen aufhören, als wären die sozialistischen Regierung-, Parlaments- und Verwaltungsämter nur von der Konkurrenz hochbetragene Gattler, gefesselt und Gemeinheitskonstanten!

Die Ueberheblichkeit und Unfähigkeit, die Ideenverachtende Schnelligkeit als Methode im politischen Kampf wollen wir ein deutschnationales Privileg sein lassen. Die Deutschnationalen haben immer noch nicht gelernt und wollen grundsätzlich nicht lernen, es fehlt ihnen annehmend jede Gerechtigkeit, und so wird sich niemand wundern, daß sich diese Partei, die nur vom Reinsagen lebt, allmählich um jedes Parteirecht bringt.“

### Die neuen Postgebühren.

Der Reichsrat stimmte am Dienstag den vom Reichspostetat beschlossenen Erhöhungen der Posttarife zu. Danach wird u. a. ab 1. Oktober der einfache Fernbrief 6 Mk., die Postkarte im Fernverkehr 3 Mk. kosten. Ein 5-Kilogramm-Paket wird in der Nahzone 30 Mk., in der Fernzone 80 Mk. an Kosten betragen. Die ursprünglich vorgeschlagene Erhöhung der Zeitungsgeldern ist vom Ministerium selbst zurückgezogen worden. Die Verpackung der Zeitungen hat jedoch ab 1. Januar 1928 der Verleger zu tragen; der Verpackungsbeitrag fällt weg. Der Höchstbetrag für Postanweisungen wurde auf 5000 Mk. erhöht, wofür das Porto 20 Mk. beträgt. Ein Auslandsbrief bis zum Gewicht von 20 Gramm wird 20 Mk. kosten. Der Mindestbetrag für ein Extelegramm ist auf 30, für ein Ferntelegramm auf 50 Mk. festgesetzt. Die Fernsprechgeldern erfahren eine Erhöhung zu den Friedenspreisen von insgesamt 600 Prozent.

Reichspostminister Giesberts nahm nach der Annahme der Vorlage das Wort zu einer Erklärung, die sich vor allem auf die Vereinfachung des Postbetriebs bezog. U. a. betonte er, daß trotz der beschlossenen Erhöhungen wahrscheinlich noch ein Reihbetrag von 15 bis 20 Milliarden im Haushalt der Post bestehen bleibt. Die Leistungen der Post für das Zeitungswesen ständen in gar keinem Verhältnis zu der Bezahlung. Wenn er aber trotzdem auf die Erhöhung der Zeitungsgeldern verzichtet habe, so deshalb, weil er es für unmöglich erachte, die in Not befindliche Presse mit erhöhten Gebühren zu belasten. Der Personalbestand sei inzwischen langsam und mit großen Schwierigkeiten verringert worden. Ueberzahlige Personal soll auch in Zukunft noch an andere Verwaltungen abgegeben werden, wobei vor allen Dingen die 16 000 bis 17 000 Beamte in Frage kommen, die aus den abgetretenen Gebieten übernommen worden sind. Die Vereinfachung soll unter Mitwirkung der Beamtenchaft und des zu diesem Zwecke eingesetzten Reichstagsausschusses vor sich gehen.

Der deutsch-litauische Memellandbund hat bei der Vorkonferenz in Paris beantragt, bei der zu erwartenden Abstimmung im Memelgebiet auch die außerhalb des Memellandes wohnenden Memelländer als abstimmberechtigt anzuerkennen.

Der frühere französische Minister Herriot, jetzt Bürgermeister von Lyon, traf am Mittwoch nachmittag auf der Durchreise nach Moskau in Berlin ein. Wie verlautet, wird Herriot am Donnerstag vormittag dem Reichskanzler Dr. Wirth einen Besuch abstatten.

### Der Blumengarten.

Es ist ein aus den Blumenarten bestehendes? Ich kann es nicht, einfach — es war ein Stück aus dem Garten der Natur. Und dann, während in seiner weitläufig leuchtenden Farbe, nur — man konnte sich vor Reiz werden.

Dieser Blumengarten heißt Herrn Cereus. Der Cereus ist ein Mann, der seine Zeit richtig einzuschlagen mußte. Man nennt solche Leute auch Krieger, oder Abenteuerlustige. Nur — er gewann Geld, indes andere solche verlieren, er vermehrte sich, er häufte Güter an und Güter — schließlich dachte ihn er Ueberdruß. Er lebte im Reiz und.

Indem er endlich beirrat und zweifelt sich ein Land, zu Hause, und mitten darin einen Garten, ein Gedicht von Blumen und Blüten. Er verstand nicht viel davon, aber er sah sehr davon.

Reizung ist es kein schlechter Geist. Man muß nicht schämen sein, wenn man die Welt richtig einschlagen weiß. Nur anpassungsfähig. Aber es war nicht leicht — er war sehr gutmütig, obwohl Unmühseligkeit einen elenden Charakter nicht ausschließt. Er war so gutmütig, andere Leute in seinem Garten stehen zu lassen. Man ist ja nicht so!

Wie — er ließ uns zuhören. Er lächelte uns an den wohlgelegenen Worten vorbei, über die frisch präparierten Reden und sagte: „Wunderbar! Bitte er: Bitte stehen Sie mal andächtig durch die Nase!“ Dann sagte er: „Nun — ich habe!“ So redet einfach herrlich.

Aus Professor Semm, der große Botaniker und Züchtungsbegeisterte, was, daß — der noch das alles mehr mit Semm, nicht — ich — wie es möglich, ein gelungener Experiment — hat — wissen Sie — eine Rose, die nach Weibchen duftet —

„Er verstand“, in dem Cereus. „Wäre ich nicht da in der Natur, auch nicht.“

„Schade“, sagte der Professor, „ich hätte mich wirklich gefreut, wenn die Welt einen natürlichen Reiz gehabt hätte.“

„Schade“, sagte der Professor, „ich hätte mich wirklich gefreut, wenn die Welt einen natürlichen Reiz gehabt hätte.“

Der Professor weiß eben die Zeit nicht richtig einzuschlagen. — — — — — Sven Elfröm.

**Alkohol und geistige Entwicklung der Jugend.** Der Schaden, den der Alkoholkonsum auf die körperliche Gesundheit der Jugend ausübt, wird leider noch immer viel zu wenig beachtet. Der Alkohol schwächt die Widerstandskraft gegen ansteckende Krankheiten, verurteilt Leber-, Nieren-, Lungen- und Herzleiden, Wicht und Weichwerden. Aber in weitestgehend demischen Maße schädigt der Alkohol auch die geistige Entwicklung der Jugend. Durch eine Unterdrückung an Kindern von „anderen Eufem“ ist schädlich: 60 Prozent hatten eine schlechte Ausbildung und schlechtes Gedächtnis, 17 Prozent waren übermäßig und hatten Sprachstörungen. Nicht ein Kind von Trinkereltern war vollkommen gesund. Aber auch wenn die Eltern keine gewohnheitsmäßigen Trinker sind, schädigt der Alkohol das Kind, und in besonders hohem Maße, wenn das Kind selber, und wenn auch in noch so geringen Mengen, Alkohol zu sich nimmt. Nach den Untersuchungen, die an einer Wiener Volksschule angestellt wurden, waren von den Schülern, die wie alkoholisch betrunken kamen, 42 Prozent und nur wenig unter 10 Prozent. Nachdem die Kinder täglich einmal Bier, so waren noch 27 Prozent gut und dagegen 14 Prozent ungenügend. Nachdem die Kinder täglich zwei Mal Bier, so gab es nur noch 11 Prozent gute Schüler und 18 Prozent schlechte. Wenn die Kinder dreimal täglich Bier bekommen, kann man bei Vermeidung der unangenehmen Schuler etwa 67 Prozent. Je weniger Alkohol, um so besser die Schulleistungen. Tiere trinken keinen oder wenig ein erhöhtes Maß an Wein.

Ein internationales Buchwerk wird von Rudolf Nansen zu dem Zweck, der Weltöffentlichkeit gegen die Hungerkatastrophen in Russland neue Hilfsmittel anzuzeigen, veröffentlicht. Einmal noch dem Kriege sollen die wichtigsten Hülfsmittel aller Welt

zur gemeinsamen Herausgabe eines Buches vereinigt werden. Von deutschen Schriftstellern haben u. a. Beiträge geliefert: Hermann Bahr, Hermann Basse, Hugo v. Hoffmannsthal, Hans Heinz Ewers, Bernhard Kellermann, Heinrich Mann, Alfons Rebold, Arthur Schnitzler, Paul Segel, Stefan Zweig; von bedeutenden Ausländern u. a. Henri Barbusse, Gabriel Perot, Camille Flammarion, Auguste Forel, Anatole France, Ann Camille, Selma Lagerlöf, Magdalene Marx-Wilkes, Konrad, Remain Rolland, Israel Zangwill, Galsworthy. Mit wertvollen Kunstbeilagen sind vertreten: Hans Baluschek, Veride Wenz, Albert Goss, Käthe Kollwitz, Käthe Schickler und Steinlein. Das Buch gelangt vorerst in deutscher, französischer, englischer und spanischer Sprache zur Ausgabe.

Der „Amelanz“ oder „die Höhe der Situation“. Obgleich die Neunorfer Tanzlehrer die „exzellente“ Tänze in Acht und Bann getan haben, werden wir doch auch in der kommenden Saison mit einer originellen choreographischen Arbeit beschenkt werden. In England läßt man gegenwärtig bereits den „Amelanz“ ein, einen Tanz, bei dem die Tänzer in möglichst großer Form die Haltung und die Bewegungen dieses nicht gerade wegen seiner Unwohlsein berühmten Willenters nachahmen. Unter den verschiedenen Touren, die gelernt werden, gibt es einen „Steilschritt“, einen „Quinzelgang“, den „Schickelandschritt“ und den „Was de jete“ (Freudenschritt), der „das Entzücken des Amelanz“ darstellt, wenn es in der Mitte eine Note, heißt. Der Tanz, der mit dem gewöhnlichen Fortritt verbunden ist, wird nach einer „orientalischen“ Melodie ausgearbeitet.

Die Entdeckung des Musikzentrums im Gehirn. Eine aufsehenerregende Mitteilung machte der Stockholmer Professor Marcus auf dem Neurologenkongress in Kopenhagen, indem er erklärte, daß es ihm gelungen sei, das Musikzentrum im Gehirn zu lokalisieren. Er führte aus, daß er bei einem Musiker plötzlich ein vollkommen verändertes Empfinden für alle musikalischen Töne feststellen konnte, und bei genauer Untersuchung der Patienten fand er, daß ein ganz bestimmter Teil des Gehirns durch krankhafte Veränderungen im Zentrum der Musik war. In diesem Teil des Gehirns und er nun das Musikzentrum gefunden haben.

## Der Staatshaushaltsplan für 1921.

Der Volkstag erledigte in seiner achtzigsten Sitzung in knapp einer Stunde eine umfangreiche Tagesordnung. Die Mehrzahl der Tagesordnungspunkte wurde beschlossen. Auch bei der 2. Beratung des

### Haushaltsplans für 1921

verzichteten die Parteien auf das Wort, da bei der 1. Beratung eingehend Kritik geübt worden ist. Den Bericht des Hauptauschusses erstattete

#### Hdg. Gen. Gehl.

Der Hauptauschuss hat die Haushaltspläne für 1921 in mehreren Sitzungen beraten. Ein Teil wurde ohne Aussprache erledigt. Der andere Teil aus den verschiedensten Mitgliedern des Hauptauschusses Gelegenheiten, Aufträgen an die Regierungsvorsteher zu richten. So wurde a. B. bei Beratung des Haupttitels der geringe Preis für den Verkauf der Artilleriewerkstatt beantragt. Gehl. wurde ferner, daß für die Gewehrfabrik, die Danziger Werft und den Kasensschuß keine Staatsvorsorge vorzulegen worden sind. Von Seiten des Senats wurde erwidert, der Preis für die Artilleriewerkstatt sei das Höchstangebot. Ein höherer Preis wäre nicht zu erzielen gewesen. Die Drucklegung dieser Staats habe zuviel Unkosten verursacht. Es wurde den Mitgliedern des Hauptauschusses anheimgegeben, diese bei der Regierung ausliegenden Staats einzusehen.

Bei der Beratung der Staats der

#### Vandwirtschaftlichen Verwaltung

aus der Senatsvertreter auf Anfrage Auskunft über den Verkauf des Landguts. Die Anwesenverwaltung verlor, soweit es noch nicht geschehen ist, dafür sorgen zu wollen, daß für noch laufende Pachtverträge auf dem Verhandlungswege evtl. durch gerichtliches Verfahren höhere Pachteerträge erzielt werden.

Bei Besprechung des Haushaltsplanes der Post- und Telegraphenverwaltung wurde allgemein anerkannt, daß dieser Etat keine Zuschüsse erfordere, wohnacem im Deutschen Reich dieser Etat 19 Milliarden Zuschuß erfordere. Die Postverwaltung kam verhältnismäßig am schlechtesten weg. Ihr wurde der Vorwurf gemacht, bei Einstellung von Beamten und Angestellten zu sehr auf den militärischen Charakter der Angestellten zu setzen und Anwärter durch auswärtige Zettungen zu suchen. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, die für das Wohlstandskomitee in Betracht kommenden beschlagnahmten Waren diesem zur Verfügung zu stellen und den Verkäufstermin anderer Waren und Gegenstände angemessen bekannt zu machen. Erwägung dieser Wünsche wurde angefaßt. Im Kulturbereich ist die einjährige Forderung erfolgt. Die Vertreter der Regierungsparteien stimmten allen Einzelentscheidungen dem Haupttitel zu. Sozialdemokraten, U.S.P. und A.P.D. stimmten

#### aus grundsätzlichen Erwägungen gegen diese Staats.

Die Vertreter der Polnischen Fraktion enthielten sich bei einigen Staats der Abstimmung. Die anderen lehnten sie ab. Der Hauptauschuss beantragte Annahme des Staatsgesetzes. Die Einbringung im Hauptauschuss erfolgte in verhältnismäßig kurzer Zeit.

Alle Fraktionen waren sich darin einig, den Etat für 1921 möglichst schnell zu verabschieden. Man war der Meinung, daß dieser Etat durch die Weltverhältnisse länger zu halten sei und daran ist gut wie nichts geändert werden könne. Es kommt dem Hauptauschuss weiter darauf an, recht bald den gesamten Etat für 1922 zu erhalten. Einige dieser Staats liegen dem Hause bereits vor, die große Mehrzahl fehlt aber noch.

Der Hauptauschuss ersucht den Senat sehr dringend, mit möglichst baldiger Verlesung den gesamten Etat 1922 dem Volkstage vorzulegen und weiter dafür sorgen zu wollen, daß auch der Etat für 1923 rechtzeitig erscheint, damit dieser Volkstag wenigstens einmal in die Lage versetzt wird, sein Staatsrecht auszuüben.

Weitere Vormeldungen erfolgten nicht. Der Gesamtetat für 1921 wurde in 2. Lesung gegen die Stimmen der Linken angenommen. Die beantragte sofortige 3. Lesung konnte infolge Widerpruchs nicht erfolgen.

Das neue Einkommensteuergesetz wurde dem Steueranschuss übergeben. Der Gesetzentwurf betr. Änderung der Bestimmungen über Schiffs- und Gewerbesteuer wurde in 3. Lesung verabschiedet, ebenso der Gesetzentwurf über die Pauschbeträge für die Erbschaften bei dem Oberverwaltungsamt. In 2. und 3. Lesung wurden die Gesetzentwürfe über die 1., 5. und 8. Änderung der Besätze der unmittelbaren Staatsbeamten verabschiedet. Es folgte dann die Beratung der 7. Änderung der Beamtenbefolgung.

Hdg. Max (U.S.P.) erklärte im Namen der beiden Sozialdemokratischen Fraktionen, daß sie die jetzige Regelung der Feuerungsanlagen für Beamte nicht billigen können. Der jetzige Zustand ist unhaltbar, weil die Zulagen zu den Gehältern proportional erfolgen. Dadurch werden die

#### Spannungen zwischen den Gehältern der unteren und höheren Beamten immer größer.

Das kann nicht im Sinne der Gesetzgeber liegen. Die jetzige Regelung bedeutet eine große Ungerechtigkeit gegenüber den unteren Beamten. Es wird Zeit, daß die Erhöhung der Beamtengehälter nicht mehr schematisch nach deutschem Vorbild erfolgt. Der Preisaufschlag muß selbständig vorgehen, um die Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen.

Der Gesetzentwurf ging dann ohne weitere Vormeldungen an den Hauptauschuss. Ohne Debatte wurden alsdann verabschiedet: in 1. Lesung die Feuerungsanlagengesetze zu den Werkskosten; in 2. und 3. Lesung das Gesetz über die erhöhte Anrechnung der während des Krieges geleisteten Dienstzeit der Beamten; ebenfalls in 2. und 3. Lesung die Änderung des Paragrafen und Geldstrafgesetzes. Die Zulassung der Frauen zu den Beamten in der Rechtspflege wurde gegen die Stimmen der Regierungsparteien in 2. und 3. Lesung beschlossen. Ebenfalls in 2. und 3. Lesung verabschiedet

bei wurde der Gesetzentwurf über die Verständigung internationaler Beiträge und die Änderung des Grundgesetzes.

Die Tagesordnung war damit erledigt. Das Haus verlegte sich auf Donnerstag nachmittags 3 Uhr.

## Die neuen Beamtengehälter.

Der Hauptauschuss des Volkstages hat entsprechend der bisherigen Übung auch der Uebernahme der neuen im Reich beschlossenen Erhöhung der Beamtengehälter zugestimmt. Danach sollen die Gehälter in 1. Klasse A ohne Kinderzulage und Frauenzulage in den Gehaltsgruppen wie folgt (A = Anfangsgehalt, E = Endgehalt):

Bezugsgruppe	August-Regelung	Neu-Regelung ab 1. September	Jahres-Mehr (September gegen August)
I A	68 010	81 784	13 774
	86 500	112 900	26 400
II A	78 185	96 179	17 994
	97 840	127 986	30 146
III A	82 450	107 580	25 130
	109 180	142 372	33 192
IV A	86 500	112 900	26 400
	115 255	151 027	35 772
V A	98 790	122 565	23 775
	124 570	163 378	38 808
VI A	98 865	120 821	21 956
	132 670	171 118	38 448
VII A	109 180	142 972	33 792
	148 060	194 824	46 764
VIII A	120 520	150 008	29 488
	160 210	210 631	50 421
IX A	132 670	171 118	38 448
	180 460	237 481	57 021
X A	148 060	194 521	46 461
	208 000	274 000	66 000
XI A	164 260	216 004	51 744
	232 800	306 220	73 420
XII A	196 660	258 961	62 301
	280 900	370 680	89 780
XIII A	252 550	338 070	85 520
	361 000	478 060	116 060

Diese Zusammenstellung zeigt, wie durch die schematische Erhöhung des prozentualen Teuerungszuschlages die Spannung zwischen den unteren und oberen Gehaltsstufen immer unerträglich wird. Wenn auch im Reichleib stark Zersamungen vorhanden sind, mit der bisherigen Form zu brechen, so dürfte es sich doch empfehlen, daß der Preisaufschlag sich herab eine vernünftige Regelung vornimmt. Denn der Zustand, daß den höheren Beamten verhältnismäßig hohe Bezüge gewährt werden, während die unteren und mittleren Beamten weit hinter der Teuerung zurückbleiben, ist nicht länger haltbar.

## Die Versorgung Danzigs mit Hochseefischen

beihäftigte gestern abend eine von der Verbraucher-Kammer einladene Versammlung von Interessenten. Herr Konrad Rüd hielt zunächst einen Vortrag. Redner hat sich mit dieser Frage bereits seit 1918 beschäftigt und Verbindungen mit deutschen Fischereibereitern geschlossen. Es besteht dort Bereitwilligkeit Fischdampfer nach Danzig laufen zu lassen. Es müssen aber in Danzig noch Vorbereitungen getroffen werden, um die Fische unterzubringen. Man wird eine Fischauktionshalle erbauen müssen. Die Dampfer müssen hier mit Eis versehen werden, was im Sommer nicht so einfach sein wird. Das Ausladen muß schnell erfolgen, damit die Dampfer möglichst bald wieder in See gehen können. Der Fischhandel muß balfir sorgen, daß die Fische zunächst frisch an die Verbraucher gelangen. Es würde aber nicht möglich sein, den ganzen Fischfang in Danzig unterzubringen und da müßte die Fischindustrie helfend eingreifen und die Fische konservieren und dann in den Handel bringen. Ferner soll auch die heimische Küstenschifffahrt gefördert werden. Die Fischereiarbeiten sollten kostenfrei eingeführt werden dürfen. An der Ausprache beteiligten sich die Herren Ockermann, Tiede, Vorwert, Cehmske, Müller, Pöhl, Buchholz, Kränlein Marie Meyer u. a. Miteilig wurde anerkannt, daß die Versorgung Danzigs mit Hochseefischen von großer Bedeutung sein würde. Es müßte aber das Interesse der Verbraucherschaft noch mehr für diese Frage erweckt werden, denn es handelt sich hier um große Dampferladungen Fische, die untergebracht sein müssen. Unter diesen Fischen befinden sich auch außer den Fischen für den Massenverbrauch Edelstische, die einen höheren Preis haben. Die Preise würden dieselben sein, wie in Westpreußen, zusätzlich der Mehrkosten durch die verlängerte Dampferfahrt. Augenblicklich sind die Fische in Westpreußen erheblich billiger als die Edelstische in Danzig. Die Preisfrage würde also keine Schwierigkeiten machen. Die Hochseefische müßten auch hier ein Volksernährungsmittel werden. Ein Zoll kommt für die Fische, die unmittelbar von der See kommen, nicht in Frage. Man wünschte, daß zunächst vorübergehend ein Dampfer nach Danzig gebracht werde. Herr Rüd wurde beauftragt, die Sache weiter zu bearbeiten und weitere Kreise heranzuziehen.

Ueber das Verlegen von Plätzen in der Eisenbahn herrscht oft Unklarheit und Streit. In dieser Hinsicht ist es wichtig, was jetzt das Reichsverkehrsministerium über das Einnehmen von Plätzen in der 4. Wagenklasse mitteilt. Danach erwerben Reisende, die bei der Abfahrt des Zuges bereits Plätze eingenommen haben, Anspruch darauf, daß ihnen der Platz bis zur Beendigung der Reise verbleibt. Andere Reisende sind zum Einnehmen des Platzes, auch wenn der Inhaber ihn nur vorübergehend verläßt, nicht berechtigt. Doch müssen diese Plätze von vorherigen eingenommen und nicht etwa nur „belegt“ gewesen sein.

## Die Bekämpfung des Wuchers.

Unsere im letzten Hefen undrischenden Preisverhältnisse im Breitraat Danzig sind auf verschiedene wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen. In die zunächst die ständig zunehmende Minderung der Kaufkraft des gesetzlichen Zahlungsmittels infolge einer ununterbrochenen Verschärfung des Angebots dieses Zahlungsmittels, dem eine entsprechende Verstärkung des Angebots der Waren und Dienstleistungen nicht gegenübersteht. Ferner kommt in Betracht die geringe Wertung dieses Geldes außerhalb Danzigs und Deutschlands, die geringe Notlage. Dann die unheimliche und gewissente Spekulation an und neben den Danziger Wuchern. Schließlich der Wucher, die Erbitterung gegen den Wucher ist am härtesten und die Wucherbekämpfung am notwendigsten. Wer aber eine Sache wirklich bekämpfen will, muß das Wuchergebiet genau kennen.

Wucher heißt die Ausnutzung der Notlage, des Leidens und der Unerschaffenheit anderer. Als eine Ausnutzung der Notlage und der Unerschaffenheit anderer kann man schon bis zu einem gewissen Grade die Spekulation betrachten. Auch der Hauswucher kommt hier in Betracht. Dabei ist zu beachten, daß der Hauswucher die Waren verteuert und dem Warenwucher anreize die Vorbilder gibt. Dem Volke am nächsten liegend ist aber der Warenpreisaufwucher, der die letzten Verbraucher so schwer bedrückt und demütigt.

Die Verhandlung vor dem Danziger Wucherricht in der Sache Winter und Genossen hat manche wichtigen Fragen bloßgelegt. Der kaufmännische Sachverständige Auno Sommer vertrat die Auffassung, daß der Kaufmann für seine Ware den Preis nehmen könne, den er voraussichtlich bei seinem neuen Einkauf wird zahlen müssen, den sogenannten Wiederbeschaffungspreis. Er stützt diese Auffassung auf die fortgesetzte Geldentwertung. Der Sommer ist zwar im Recht, wenn er bei der Preisgestaltung die ununterbrochene Geldentwertung berücksichtigen will. Sein Fehler liegt aber in der Anwendung dieser Geldentwertung. Würde die Währung auf dem jetzt erreichten Stande der Kaufkraftminderung stehen bleiben, würde die Geldentwertung von jetzt ab nicht weiter zunehmen, so wäre die Festsetzung des angemessenen Verkaufspreises sehr einfach. Zu dem Einkaufspreis würde dann der Prozentsatz zugeschlagen werden, der vor dem Ansteigen der Preise war, und wir hätten den angemessenen Verkaufspreis. Tatsächlich schreitet aber die Entwertung unseres letzten Geldes ununterbrochen fort und ein Stillstand ist nicht abzusehen. Wenn der Kaufmann zu seinen Vorfruchtprozentfuß aufschlagt, so würde er in der Tat mit jedem Verkauf sein Betriebskapital vermindern und schließlich bankrott werden. Nur am Tage des Einkaufs könnte er diesen Preis ohne Schaden machen. Am nächsten Tage würde er bereits den Betrag verlieren, um den das Geld seit dem vorherigen Tage entwertet worden ist. Wenn dieser Betrag auch gering sein würde, so ist er doch mathematisch errechenbar. Wir müssen also dem ehrbaren Kaufmann machen, daß er die Warenpreise der fortwährenden Geldentwertung angleicht. So weit würde ich mit Herrn Sommer einig gehen, dann aber trennen sich unsere Wege. Herr Sommer will als Verkaufspreis den voraussichtlichsten späteren Einkaufspreis der Ware festsetzen. Das wäre aber zum Beispiel ein übermäßig hoher Preis ergeben. Außerdem wäre hier der Willkür in der Preisfestsetzung Tür und Tor geöffnet. Die preismäßige Wirkung der Konferenz ist ungewiss. Im Gegenteil, die Geschäftsleute überbieten sich jetzt im Allgemeinen noch oben hin, wie bei einer amerikanischen Verdringung. Sie müssen also durchaus auf klare und feste Maßstäbe für die Preisfestsetzung hinwirken. Und dieser Maßstab wäre folgender: Regen wir für den Kleinbändler a. B. einen Aufschlag von 20 Prozent zugrunde. Zu dem Einkaufspreis werden 20 Prozent zugeschlagen und daraus ergibt sich der Verkaufspreis den wir mit 120 Mark annehmen wollen. Diese 120 Mark darf der Kaufmann theoretisch vom nächsten Tage ab in die Zahl verwandeln, die sich aus der fortwährenden Geldentwertung ergibt. Mit dem vorerwähnten Geld werden sofort neue Wareneinkäufe vorgenommen. Um mit voller Genauigkeit vorzugehen, soll dem Kaufmann ein „Gehaltener“ werden, daß er das vorerwähnte Geld nicht sofort wieder in neuen Einkäufen festlegt, sondern es eine Woche oder einen Monat zurücklegt und dabei einen Zinsverlust erleidet. Um diesen Verlust auszugleichen, mag ihm zugestanden werden, daß der prozentuale Aufschlag von 20 auf etwa 25 Prozent erhöht wird. Dann hätten wir den Grundlag für die Berechnung des angemessenen Verkaufspreises festgelegt.

Für die praktische Anwendung dieses Grundsatzes werden wir uns auf die sog. Teuerungszahl stützen müssen. Die Teuerungszahl wird monatlich vom Statistischen Amt errechnet und bedeutet die Zahl des Pfennigen, um die im Durchschnitt die Preise gegen 1914 gestiegen sind. Diese Zahl ist praktisch brauchbar als Maßstab für die Minderung der Kaufkraft des Geldes im Inlande. So lange wir noch unter dieser fortgesetzten Geldentwertung zu leiden haben, wird es gut sein, die Teuerungszahl viel mehr in den Mittelpunkt der Volkswirtschaft zu stellen. Wenn hier so sorgfältig und gewissenhaft erforscht wird, wie man dem Kaufmann einen angemessenen Preis errechnet, so muß andererseits die gleiche Sorgfalt darauf verwandt werden, daß Einkommen der Verbraucher angemessen zu gestalten. Dies wird geschehen, indem man für die Bemessung dieses Einkommens die gleiche Teuerungszahl zugrunde legt. Etwaige Ungenauigkeiten dieser Teuerungszahl würden praktisch nicht bedrückend sein, wenn sie sicherweise für die Preise und die Einkommen Verwendung findet. Und dann wäre eine ungenaue Teuerungszahl noch unendlich besser, als wenn man sie überhaupt nicht beachtet.

Das was hier vorgeschlagen wird, entspricht ungefähr dem Durchschnittspreis, den der § 2 der Preisstabilitätsverordnung am 8. 5. 18 gestiftet. Dieser Paragraph lautet: „Für gleichartige Warenstände, deren Verkaufspreise verschieden hoch sind, darf ein Durchschnittspreis gefordert werden, wenn er nachweislich auf den verschiedenen Verkaufsständen und den verschiedenen Mengen der in ihn einbezogenen Gegenstände beruht und unter Berücksichtigung der



Die „billigen“ Lebensmittel in Danzig

weisen bei den Vorkaufverhandlungen und auch bei Eröffnung des Senats oft eine große Rolle. Es wird nicht behauptet, in den Großstädten Deutschlands seien die Preise noch höher als wie in Danzig. Durch die neueste Ueberflut des zentralen Amtes vom 1. Sept. wird jedoch erwartet, daß die wichtigsten und notwendigen Lebensmittel in Danzig viel teurer sind als wie in den besetzten Industriegebieten des Westens. Danzig hat einen Höchstpreis für Milch von 14 Mark. In Dortmund zahlte man 15,20 Mk., Düsseldorf 18,50 Mk., Köln 16 Mk., Stuttgart 14 Mk., einige Großstädte haben höhere Milchpreise. Unvergleichlich höher ist der Milchpreis in Elbing, und zwar beträgt er 22 Mark. Die Käsefabrikation scheint hier die Ursache dieses hohen Milchpreises zu sein. Der Preis für Magermilch ist in Danzig nur um ein Geringes niedriger als in den meisten anderen Städten. Am Stuttgart betrug der Höchstpreis für Magermilch 8,40 Mk., in Danzig wurden 7 Mark gezahlt. Außer Danzig hat keine andere Stadt einen Höchstpreis für Butter. Nur der Höchstpreis von 140 Mk. werden nur wenige (Münchener) Butter erhalten. Ein Pfund Butter kostete in Königsberg am 23. August 170 Mark, Elbing 230 Mk., Stolz 220, Dortmund und 188 Mk., andere Städte haben höhere Butterpreise oder im Danziger Preishandelsgeordnete Butterpreise werden von keiner Stadt übertroffen. Mit dem Margarinepreis von 200 Mk. pro Pfund marschiert Danzig an der Spitze. Nur Stuttgart und Karlsruhe weisen den gleichen Preis auf. Die Margarine der Reichsdorf aller kleinen Preise, kostet in Elbing 180 Mk., Königsberg 120 Mk., Stolz 165 Mk., Stuttgart 190 Mk., Breslau 184 Mk., Kiel 170, Halle a. S. 170, Dortmund und 150, Düsseldorf 120, Köln 100 Mk. Der Danziger Höchstpreis für Weizenmehl ist doppelt so hoch wie in den anderen Städten. Er beträgt pro Pfund in Danzig 17 Mk., Elbing 8,20 Mk., Königsberg 8,25 Mk., Breslau 9,80 Mk., Dortmund 9,70 Mark, Köln 9 Mk. Auch der Höchstpreis für Roggenmehl ist in Danzig ebenfalls doppelt so hoch als wie in den anderen Städten. Er beträgt in Danzig 17 Mark, Elbing 8,20 Mk., Königsberg 8 Mk., Breslau 9,10 Mk., Dortmund 7,80 Mk., Köln 6,70 Mk. Ähnlich ist auch der Unterschied beim Höchstpreis für Weizenbrot. Im freien Handel kostet 1 Pfund Weizenbrot in Danzig 50 Mk., in Elbing 10,50 Mk. Für Roggenbrot mit der Danziger Bevölkerung ebenfalls das Doppelte des durchschnittlichen Preises zahlen. Der Höchstpreis für 1 Pfund Roggenbrot beträgt in Danzig 15 Mark, in Elbing 8,50 Mk., Königsberg 8 Mk., Dortmund 7,80 Mk. Der Danziger Preis für 1 Pfund Fleisch für Roggenbrot wird ebenfalls von keiner anderen Großstadt auch nur im entferntesten erreicht. Es ist also unumwiderrliche Tatsache, daß die Danziger Bevölkerung das teuerste Brot hat.

Wenn Zucker sind die Preisunterschiede in den einzelnen Städten sehr groß. Der Danziger Preis ist mit 55 Mark angegeben, Elbing mit 43 Mark, Königsberg mit 62 Mk., Stuttgart hat einen Butterhöchstpreis von 18 Mark, in Breslau zahlt man im freien Handel 31 Mk., in Halle a. S. 19 Mk., in Köln dagegen 80 Mk. Der Höchstpreis für Butter beträgt im Durchschnitt 10 Mark. Die Danziger Fleischpreise stehen im Allgemeinen 1/2 hinter denen des Deutschen Reiches zurück. Der Preis für 1 Pfund Schweinefleisch, der für Danzig mit 180 Mark angegeben ist, wird nur von wenigen Städten erreicht oder übertroffen. Hier sind in den meisten der genannten Städte billiger als wie in Danzig. Der Danziger Preis für 1 Zentner Steinkohlen ist mit 313 Mark angegeben. Einen ähnlich hohen Preis hat nur Kiel mit 108 Mk. Die Kohlenpreise anderer Städte bleiben jedoch erheblich zurück. Den niedrigsten Preis hat Köln mit 113,35 Mark. Das gleiche Bild bieten die Preise für Braunkohlenbriketts.

Ein Vergleich der Statistiken vom 1. August und 1. September ergibt, daß die Preise in Danzig stärker gestiegen sind, als wie im Deutschen Reich. So stieg in Danzig der Margarinepreis von 60 auf 200 Mark, die Wehl- und Brotpreise haben sich in einem Monat vervierfacht. Die Fleischpreise haben sich etwa verdoppelt, die Preise für Schweinefleisch um das Dreifache erhöht.

In Zukunft wird also niemand mehr behaupten können, daß Danzig verhältnismäßig niedrige Lebensmittelpreise hat. Wenn die Preispolitik des deutschen Senats so weiter betrieben wird, so wird es nicht mehr lange dauern, daß es auf diesem Gebiete heißen wird: Danzig in der Welt voran!

Der heutigen Sitzung des Volksrates liegt folgende Tagesordnung vor: Eintragung, 5 Anträge des Senats auf Genehmigung zur Strafverfolgung von Abgeordneten und zwar zur Erhebung von Privatklagen gegen die Abg. Doell, Kowalewski und Frau sowie zur strafrechtlichen Verurteilung der Abg. Kowalewski, Schmidt und Raabe. — Große Anträge betr. das Weichen einer Postkompanie, betr. Verhinderung der Postorgane, betr. den Ankauf von Wochenmarktsstellen durch Zwischenhändler, betr. Verpachtung der Buchhandlung auf dem Hauptbahnhof. — Bericht des Wirtschaftsausschusses über den Antrag des Abg. Wehr und Reaktion betr. Höchstpreise für Fleisch, und Kurzwaren. — Zweite Beratung eines Gesetzesentwurfs betr. Schutz der Bevölkerung vor Falschmünzern. — Antrag auf Forderung des Gewerbesteuergesetzes.

Ermäßigte Theaterpreise in Berlin auch für Danziger. Durch die Presse ging kürzlich die Nachricht, daß die in Berlin anhängigen deutschen Nationalität, sowie alle vorübergehend in Berlin sich aufhaltenden Reichsdeutschen und Deutsch-Oesterreicher auf die vom 1. September ab erhöhten Eintrittspreise der Staatsoper eine Ermäßigung um zwei Drittel erhielten unter der Bedingung, daß die Theaterbesucher sich an der Kasse und beim Eintritt in den Zuschauerraum durch eine amtlich beglaubigte Photographie ausweisen müßten, und daß der Auswärtiger der Pakt oder ein amtlicher Personalausweis vorzulegen würde. Angestellte Eintrittspreise haben ergeben, daß nach den Bestimmungen der Staatsoper als Reichsdeutsche auch deutschsprachige Bewohner der vom Deutschen Reich insolge des Friedensvertrages abgetrennten Gebiete gelten, so daß die Danziger deutsche Bevölkerung genossen wie die Reichsdeutschen. Inzwischen sind die Preise für Ausländer so erhöht, daß Reichsdeutsche nur ein Drittel dieser Preise bezahlen brauchen.

Die Waldverhandlungen des Danziger Jugendfürsorge-Vereins sind für dieses Jahr am vergangenen Donnerstag in Krakau und Dienstag im Ge-

netungsbereich in Pelonten geschlossen worden. Diese Mat wurden diese Stätten geöffnet. Je nach der körperlichen Bedürftigkeit sind die Kinder nach 4-8 Wochen gemeldet worden. Die längste Aufenthaltsdauer für Kinder betrug in Krakau 108 Tage, in Pelonten 110 Tage für das einzelne Kind. In Krakau konnte als höchste Gewichtszunahme 14 Pfund, in Pelonten etwas über 7 Pfund verzeichnet werden. In der herrlichen Waldesumgebung sind die sonst in engen Straßen und schlechten Wohnungen hausenden Kinder glücklich aufgezogen. Leider mußte ein kleiner Teil der vorgezeichneten Arbeiten aus Mangel an Plätzen zurückgestellt werden. Die dringend erhellungsbedürftigen Mädchen konnten fast alle draußen einige Wochen verbringen. Es wird darum in diesem Jahre erstmalig der Versuch gemacht, eine Anzahl Knaben von jetzt bis Mitte Oktober in Krakau zu kräftigen.

Sozialdemokratische Partei Danzig.

Freitag, den 11. September, abends 7 1/2 Uhr, in der Handels- und Gewerbestraße, An der Gr. Mühle, Zimmer 2, Gemeinsame Sitzung der Vertreter von Danzig-Stadt, der Bezirksvorstände und der Stadtverordnetenfraktion. Pünktliches und vollständiges Erscheinen ist Pflicht. Der Landesvorstand.

Die Milchverteuerer obenauf.

Der Milchpreis erneut erhöht. Eifertig wie immer, hat sich der Senat bemüht gelübt, den erst vor wenigen Tagen lautgewordenen Wünschen der Milchproduzenten schleunig Rechnung zu tragen. Er veröffentlicht heute eine Bekanntmachung, wonach der Höchstpreis für Milch von morgen ab 20 Mark pro Liter und für Butter 220 Mark pro Pfund beträgt. Die Festsetzung des Butterhöchstpreises hat so fast nur theoretischen Wert, da es höchst selten ist, daß dieses kostbare Produkt öffentlich zum Verkauf gebracht wird. Die Erhöhung des Milchpreises bedeutet jedoch eine weitere erhebliche Verschlechterung der Säuglings- und Kinderernährung. Das Traurigste dabei ist, daß sich diese erheblichen Preissteigerungen für Milch mit Verbilligung hätten vermeiden lassen, wenn der Senat im Frühjahr und Sommer, als Ueberflut an Milch vorhanden war, eine vernünftiger Preispolitik getrieben hätte. Wenn mit der jetzt eintretenden Milchknappheit diese Preissteigerungen fortgesetzt werden, ist leider noch gar nicht abzusehen, wo wir landen werden. Um eine weitere Schädigung der körperlichen Entwicklung des Nachwuchses zu verhüten, ist es notwendig, daß die Milchversorgung schleunig auf andere Grundlagen gestellt wird. Einer weiteren Verteuerung zum mindesten der Milch für die Säuglingsernährung muß einiegel vorgezogen und dann auch ihre Verteilung geregelt werden. Wenn nicht bald eingegriffen wird, müssen sich in diesem Winter in der Milchversorgung Zustände herausbilden, die leicht zu einer Katastrophe führen können.

Der Zwischenfall auf dem Kasubischen Markt.

Zu den tendenziösen Nachrichten über den Zusammenstoß mit französischen Matrosen am 2. d. Mts. auf dem Kasubischen Markt, die in völlig entstellender Weise auch in der französischen und englischen Presse Aufnahme gefunden haben, erfahren wir, daß nach dem Senat eingegangener amtlicher französischer Mitteilung des Geschwaderkommandos auf Grund der Untersuchung zwei der beteiligten Matrosen bestraft worden sind. Die gleichzeitig von Danzig geführte Untersuchung hat zu Feststellungen von Verletzungen auf Danziger Seite bisher nicht geführt. Besonders bemerkenswert erscheint die von französischer Seite gemachte Feststellung, daß das Vorgehen der Danziger Polizei bei dem Vorfall durchaus sachgemäß und geschickt gewesen ist. Diese letztere Feststellung dürfte in erster Linie dazu dienen, die von der polnischen Presse verbreiteten Berichte in bezug auf ihre Glaubwürdigkeit zu beleuchten.

6 Monate Gefängnis für eine Schaufensterzertrümmerung. Ein fleischer R. aus Gmdau hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Sachbeschädigung zu verantworten. Er war angetrunken, und ein Gastwirt im Alst. Graben verweigerte ihm aus diesem Grunde die weitere Verabfolgung von Alkohol. Aus diesem Anlaß zertrümmerte er von draußen mit einem Fausttritt das Schaufenster im Werte von 64 000 Mk. Der Angeklagte suchte sich durch seine Trunkenheit zu entschuldigen. Der Amtsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Eine mutwillige und grundlose Zerstörung eines Schaufensters müsse streng bestraft werden. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt des Anwalts und erkannte auf 6 Monate Gefängnis wegen Sachbeschädigung.

Der geprellte Viehhaber. Wegen eines eigenartigen Vertrages hatte sich eine Frau vor dem gemeinsamen Schöffengericht zu verantworten. Bei ihrer Verurteilung schilling sie den Besuch eines norwegischen Holzlers, der sich mit ihr amüßigen wollte. Sie nahm von ihm im voraus auch als Entgelt 20 Mark an. Dann aber zeigte sie sich nicht mehr willig, sondern arg mit dem Gelde ab an ihrer Mutter. Der Viehhaber machte bei der Polizei Anzeige und als diese zu seinem Schutze eintrat, zahlte der letzte Chemann der Angeklagten den Betrag von 200 Mark an seiner Tasche zurück. Die Angeklagte entschuldigte sich mit Trunkenheit. Das Gericht verurteilte sie jedoch wegen Betruges zu einer Woche Gefängnis. Sie habe dem Viehhaber die falsche Tatsache ihrer Willfährigkeit vorgeplagt und dafür Bezahlung angenommen, ohne die Absicht zu haben, die Gegenleistung zu vollbringen. Dieses Urteil ist rechtlich und sittlich in mancher Beziehung interessant. Nach § 188 BGB ist ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, nichtig. Somit wäre auch der Vertrag zwischen der Angeklagten und dem Holzler nichtig geworden. Eine Rückforderung des Geldes in einem solchen Rechtsgeschäft ist nach § 817 BGB nicht zulässig.

Schäntz eine Konsumgenossenschaft!

Die Konsumgenossenschaften haben seit dem Jahre ihres beständigen wachsenden Aufschwunges Preisbildung und noch nicht erreicht. Sie haben sich im einzelnen und mit ihrer Zentralorganisation der Eigenproduktion auf manchen Gebieten angenommen und damit der unbedingten Verschärfung des Privatkapitals einen Raum entzogen. So sind sie zu einem wirtschaftlichen Machtfaktor herangewachsen, der in immer höherem Maße, aber verachtlich, von seiner kapitalistischen Gegnern beneidet und bekämpft worden ist.

Nun aber stehen Weidut und Tenebrina die Gefahr, die auch den genossenschaftlichen Unternehmungen droht. Schon haben die Konsumgenossenschaften, zum Teil bei heftigstem Wesp- und Honigstich und entsprechend hohen Betriebsmitteln von ihrem festen Grundbesitz zu legen müssen. Das darf um des Wohles der organisierten und aller Verbraucher nicht weiter gehen. Der Wohlstand der Genossenschaften darf nicht zerbröckeln. Was wäre die Folge eines etwaigen Niederganges der Konsumgenossenschaftsbewegung? Die Verbraucher würden überantwortet werden, Genossenschaftskapitalistischer, wendigerweise Zuteilnehmer würden ganz und gar das Feld der Marktspekulation beherrschten. Welche dem Konsum, selbst in einer etwa kommenden allgemeinen wirtschaftlichen besseren Zeit, wenn dann dem Ausbeutertum auf dem Warenmarkt ohne die Hemmungen und Widerstände durch die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen das freventliche Spiel reiner Preispolitik erlaubt wäre. Die Bewunderung würde grenzenlos.

Darum muß recht überhastet und geteilt werden. Darum sollen und müssen die Konsumgenossenschaften leben und leuchtend für die Zukunft sein. Die Erkenntnis schafft sich Bahn, daß zur Rettung der Konsumgenossenschaftsbewegung alle erforderlichen Maßnahmen mit höchster Kraftanstrengung durchgeführt werden müssen. Was weiß gar zu lange verabsäumt worden ist, muß nun zunichte rücken. Die Mitglieder der Konsumvereine müssen, da es jetzt noch möglich und noch nicht zu spät ist, allenfalls sofort ihre Geschäftsanteile mindestens bis zur Höhe des Wochenslohns eines gelerntten Arbeiters herausheben.

Zugewerkeverkauf. Die Voldor-Artengesehellschaft hat ihr in Lbra gelegenes Zugewerk an die Holzproduktionsfirma H. Heller, Warschau-Danzig verkauft. Seit einiger Zeit gewinnt der polnische Holzhandel im Preismarkt Danzig mehr und mehr an Boden. Es sind auch zahlreiche Holzhandlungen, deren Inhaber aus Konarehpolen ausgewandert sind, entstanden.

Der Verleugung ereign. Der von unbekanntem Täter an einem durch einen Messerstoß schwer am Unterleib verletzten Privatdetektiv Otto Diekmann ist gestern vormittag im Städtischen Krankenhaus seiner Verwundung erlegen.

Vollzeibericht vom 11. September 1922. Verurteilt: 17 Personen, darunter 11 wegen Diebstahls, 1 wegen Betrug, 1 wegen Uebertretung, 1 zur Festnahme ausgegeben, 2 nachlassig, 1 Person. — Gestohlen: 1 Taschenmesser mit 60 Schabernack, 1 Zigarettenkasten, 1 Damenring im Wert von 100 Mark, 1 graue kleine Damenhandtasche mit Portemonnaie, Spiegel und Taschentuch, abgehoben von Frau Wilhelmine Jahnke, Fischweilnerweg 10. — Verloren: 1 Päckchen, enthaltend Juwelenkarte und Zeugnisse für Hedwig Knof, 1 schwarzes Portemonnaie mit Geld und Konzertkarte für Joppy auf den Namen Paula. — Verloren: 1 Damenarmbanduhr, abzugeben im Juwelierbüro des Polizeipräsidenten.

Schnau. Die Radonwende im Seebad Krantitz-Lbra an der Moritz wird wegen Reparatur für die Tage 18., 19. und 20. September vollständig für den öffentlichen Verkehr gesperrt.

Letzte Nachrichten.

Unruhen in Bochum.

R.A. meldet aus Bochum: Bestern vormittag wurden Minderungen auf dem Marktmarkt durch Schuppelzei verhindert. Dies wurde von radikalen Elementen dazu benutzt, die Mittagsmahlzeit auf der Tasse zum Bestern zu veranlassen. Nachmittags versammelten sich vier bis fünftausend Menschen auf dem Marktmarkt und griffen Schuppelzei tätlich an. Eine Abteilung Schuppelzei mit Pistolen und Gewehren, Feuerwerkkörpern usw. bewaffnet wurde. Die sonstigen Zwischenfälle ist es nicht gelungen.

Todesopfer der Unruhen in Polnisch-Oberschlesien. Nach einer Meldung der R.A. sind bei den vorgestrigen Zusammenstößen in Blumenschütz zwei Personen getötet worden, zwei weitere ihren Verletzungen erlegen, zwei schwer verletzt; ferner wurden zwei Polizisten getötet und mehrere verletzt.

Stadtsrat vom 14. September 1922.

Todesfälle: Invalide Carl Berber, 1 J. 8 M. — Frau Anna Gebmann geb. Arenst, 64 J. 4 M. — E. d. Buchdrucker's Witwe Fein, 57 Jahre. — E. d. Konfekt Omasch von Kermel, 1 J. 5 M. — Witwe Dorothea Wapp, 81 J. 7 M. — Witwe Marianne Düster geb. Dörr, 78 J. 10 M. — Invalide Friedrich Gildow, 68 J. — Witwe Auguste Ilse Adrian geb. Ortmann, 82 J. 1 M. — Opfer Auguste Tribunal, 40 J. — Witwe Wilhelmine Schmelz geb. Paddelhoff, 78 J. 2 M. — Unehelich: 1 S. 1 J.

Unsern heutigen Devillenstand müssen wir in der Telefonleitung ausfallen lassen.



QUALITÄT RAUCHER

**Bewerkschaftliches.**

**Annahme der deutschen Gewerkschaften.** Die deutschen Gewerkschaften haben im zweiten Vierteljahr 1922... Die höchste Mitgliederzahl hatten die Deutschen Gewerkschaften am Ende des zweiten Vierteljahres 1922...

**Die Umbildung der deutschen Gewerkschaften.** Der Deutsche Gewerkschaftsbund... hat die Umbildung der deutschen Gewerkschaften...

**Tagung der Wertmehrer.** In Berlin fand bei überaus zahlreicher Beteiligung der Allgemeine Deutsche Wertmehrer-Verein... am 14. September 1922...

**dem Weltmarkt. In dem Allgemeinen Deutschen Wertmehrer-Verein waren auch zahlreiche Vertreter aus Dänemark, Deutschland und Jugoslawien erschienen.**

**Vermischtes.**

**Phantastische Lebensmittelpreise im Saargebiet.** Ein Bericht über die ungeheure Teuerung, wie sie im Saargebiet... durch die Inflation entstanden ist...

**Millionen Opfer der Cholera und Pest.** Cholera und Pest haben auch im Jahre 1921 nicht unbedeutende Opfer gefordert... in Indien gab es 120.000 Todesfälle...

**Der Widerpenhagen Röhmung.** Der König von Dänemark ist 42 Jahre alt geworden... ohne das Joch der Ehe auf sich zu nehmen...

Table with exchange rates for various goods like flour, oil, and other commodities. Columns include item names and prices in different currencies.

**Ämtliche Bekanntmachungen.**

**Verordnung über den Verkehr mit Milch und Butter.**

Auf Grund des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914... wird die Verordnung gegen Preisverhinderung vom 8. Mai 1918... durch die Verordnung vom 22. August 1922...

**Kenner fordern Kühne's Essig!**

**Stadttheater Danzig.** Direktion: Rudolf Schaper. Heute, Donnerstag, den 14. Septbr., abds. 7 Uhr: Die Kronpräsidenten.

**Die Kronpräsidenten** Schiller's Schauspiel in 5 Akten (10 Bildern) von Henrik Ibsen. In Szene geföhrt von Oberregisseur Hermann Weg.

**Wilhelm-Theater**

**Das Tagesgespräch!** von Danzig ist Sylvester Schäffer!! der weltberühmte Universalkünstler und das große Weltstadt-Programm! Anfang 7 1/2 Uhr.

**LIBELLE:** Kabarett mit anschl. Wein-Kabarett. Jochwiedson's Parfümerie. Seifen, Toilette- und Parfümerie-Artikel.

**Danziger Orchesterverein** Sonnabend, den 16. September, abends 8 Uhr, Schützenhaus: Das Busch-Quartett. Beethoven - Mozart - Regor.

**Gedania-Theater** Schüsseldamm 53 55. Achtung! Nur bis einsch. Montag! Achtung! EDDIE POLO in „Seepiraten“. 8 Episoden: „Verborgene Gefahren“.

**Danziger Währung** Denkchrift für Senat und Volkstag zur Einführung einer eigenen Danziger Währung von Johannes Fuchs. Buchhandlung Volkswahl.

**Einlegerin** für Schnellpresse und Tegel sofort gesucht. Buchdruckerei J. Gehl & Co. Am Spandhaus 6.

**Junge Mädchen** 14-16 Jahre alt, welche das Fortschreiten von Brillen vermeiden wollen, können sich melden. Julius Woythaler, Postfach, Straßen 41.

**Rohrkorb-Rinderwagen** zu verkaufen. Nr. 1, E 769 an d. Exp. d. Volkst. (f)

**Messing-Trone** (1. Klasse) für elektr. Licht, zu verkaufen. Zigaren-Geschäft, Gr. Bäckerei 5 (f)

**Bl. Jackellanzug** Winterpaletot, getrennt. Militärmantel verkauft. Mager Jakobswall 21 (f)

**Sportlegewagen, eifern. Bettgestell** ohne Matr.) merk. Groß. Ohra, Südstraße 18. (f)

**Winterpaletot,** leichte, große Form zu kauf. gesucht. Preis u. E 770 an d. Exp. d. Volkst. (f)

**Schwarzer Hofhund** zu kaufen gesucht, Angeb. unter E 772 an die Exp. der Volkst. (f)

**Pelzgarnitur und Nähmaschine** (Antropale) zu kauf. gef. Offert. unter 764 an die Exp. d. Volkst. (f)

**4-rädriger Handwagen** (3-5 Ztr. Tragfähigkeit) zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unt. E 745 an d. Exp. d. Volkst. (f)

**Federhandwagen** zu kaufen gesucht. Offert. unt. E 756 an die Exp. der Volkst. (f)

**Wintermantel und Kostüm** zu kauf. gef. Ang. u. E. 756 an d. Exp. d. Volkst. (f)

**Betten u. Bettfedern** zu kaufen gesucht. Angeb. unter E 758 an die Exp. der Volkst. (f)

**Nähmaschine** zu kaufen gesucht. Angeb. unter E 759 an d. Exp. der Volkst. (f)

**Gute Möbel** zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unt. E 762 an d. Exp. d. Volkst. (f)

**Feldbettgestell** zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unt. E 763 an d. Exp. d. Volkst. (f)

**Guter Herrenbergler** zu kauf. gef. Ang. u. V. 755 an d. Exp. d. Volkst. (f)

**Tüchtige Feinmechaniker** für Instrumentenbau sucht gegen gute Bezahlung.

**Victor Liebau H.-G.** Kolonnenstraße Nr. 15.

**Schlosser- und Schmiede-Lehrlinge** stellt unter günstigen Lehrbedingungen bei Fortbildung ein.

**Jüngerer Laufjunge** bei guter Bezahl. gesucht. H. Pau, Kettlerberg, 14.

**Junge Binderin, Lehr- u. Laufmädch.** gesucht. Postfach 5-6 bei Franz Raabe, Gr. Schornmüllersstraße 2.

**Lehrfräulein** mit abgeschl. Handelskult. bildung, enst. und päd. Kenntnissen! gleich Beziehl. gesucht. Angeb. unter E 733 an die Exp. der Volkst. (f)

**Laufmädchen** bei hohem Lohn gesucht. Filiale Färberei Arndt, Tuhnergasse 12229.

**Washfrau** gesucht, f. Familienwäsche außer dem Hause. Angeb. unter V. 766 an d. Exp. der Volkst. (f)

**Schulfreies sauberes Mädchen** zu einem Kinde gesucht. Angeb. mit Preisford. unt. V. 744 an die Exp. der Volkst. (f)

**Jünger Mann (Invalide), 24 Jahre alt** sucht Beschäftigung ganz gleich welcher Art. Angeb. unt. V. 757 an die Exp. d. Volkst. (f)

**20jähr. Mädchen** sucht vom 1. Oktober Lehrl. in Bäckerei. Schönlan, Ankerstraße 2, 1.

**Möbl. Wohnung** fortwährl. vermiet. Ang. unt. E 771 an die Exp. der Volkst. (f)

**Gut möbl. Zimmer** mit Pension vom 15. 9. zu vermieten. Zu erfrag. i. d. Exp. d. Volkst. (f)

**Möbl. Zimmer (ohne Betten) frei.** Prieterrasse 87. (f)

**Jünger Mann** sucht zum 1. 10. in Langfuhr, oder Nähe Meer, kleines saub. möbliert. Zimmer. Angebote mit Preis unter V. 767 an die Exp. der Volkst. (f)

**Langfuhr oder Ollwa freudl. möbliertes Zimmer** gesucht. Angeb. unter E 748 an d. Exp. der Volkst. (f)

**Jünger jäh. Mann, Dauermetier,** sucht ein einfach möbliert. Zimmer. Angeb. unt. V. 768 an d. Exp. d. Volkst. (f)

**Möbliertes Zimmer** mit Küchenanteil von jung. Ehepaar zum 1. Oktober zu mieten gef. Ang. u. E 774 an die Exp. d. Volkst. (f)

**Einf. möbl. Zimmer** in Danzig v. jung. Mann gesucht. Nähe Weidenallee. Angebote unter E. 848 an die Exp. Volkst. (f)

**Lagerraum oder Lagerkeller** a. d. Niederstadt zum 1. 10. zu mieten. Ang. u. E. 773 an d. Exp. d. Volkst. (f)

**Selbstkäufer sucht Grundstück** in Danzig oder Vororten, wo sich Färberei od. Lackfabrikation betreiben läßt. Angeb. unt. E 761 an die Exp. der Volkst. (f)

**Grundstückskauf!** Bin Käufer von Grundstücken und Häusern und erbitte Angeb. u. E 763 an die Exp. d. Volkst. (f)

**Grundstücke** jeder Art, auch gegen bare Auszahlung, zu kaufen gesucht. Angeb. unter E 768 an die Exp. d. Volkst. (f)

**Volkspflege** (ohne Betten) frei. Prieterrasse 87. (f)

**Bewerkschaftlich-Benennungsgesellschaft** - Sterbekasse - kein Postenverfall. Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

**Rechnungsstelle 16 Danzig** Bruno Schmidt, Mollenbuden 35.

**Maschinenschriften** auch auf poln. Machf. Tages- und Abendkurse Otto Sieda, Neugarten 11. 1